

Der Bessellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Vorbereitung der Zeitung im
Oberamtsbezirk. — W
zigen und daher von
bestem Erfolg.

Es wird durch den
Kommunikations- und
Verkehrswesen in
Kriegszeiten aber es
schon früher als
in Friedenszeiten
zu haben von
wenn nicht die
Verkehrswesen
aber es
schon früher als
in Friedenszeiten
zu haben von
wenn nicht die
Verkehrswesen

Telegraphen-Verkehr:
Waldenburger
Poststationen:
Stuttgart 5112.

Registernummer 1234

Verlagspreis 20

Nr. 202

Dienstag den 31. August 1920

94. Jahrgang

Bei den geschlagenen russischen Truppen

Der Rückzug aus dem polnischen Korridor.
Von Wilhelm Kemény.

In Soldau kam ich gerade in dem Augenblick an, als die bolschewistischen Truppen zum Rückzuge rüsteten. Ich suchte eine feigreiche Armee und fand ein geschlagenes Heer, das sich gezwungen sah, mit größter Eile aus dem Bereich der polnischen Kanonen herauszukommen. Unterdessen haben die Russen Soldau und dann gleichmäßig den ganzen Soldauer Bezirk des polnischen Korridors geräumt. Zuerst zogen sie sich am Sonntagabend aus Nowo zurüd, aber auch hier konnten sie nicht Halt machen und bezogen darauf die Linie Mlawa—Janowo—Chorzels. Während ich diese Zeilen schreibe, haben die Russen auch Mlawa den Polen überlassen und nach Janowo flüchten müssen; aber nicht nur das: auch der nordöstliche Flügel ist geschlagen und sammelt sich, über Chorzels zurückgehend, an der deutschen Grenze entlang, soweit die Truppenteile nicht auf voreingestelltes Gelände überzogen. Soldau war wie ausgeblieben. Fast sah es aus, als hätte die kleine Stadt keine Einwohner. Alle Geschäfte waren geschlossen, die Häuser und Höfe verlassen. Der größte Teil der Bevölkerung, etwa 4000 Menschen, flüchtete in wüster Hast, Haus und Hof verlassend, nach Koslau und Reidenburg, u. die wenigen Leute, die zurückblieben, wogten sich nicht auf die Straße. Hier und da sah man nur einige Hühner, Enten und Gänse, die unbestimmt um die am Sonntagabend morgen noch einschlagenden polnischen Fliegergranaten auf den Straßen ihr Futter suchten. Wäre nicht der Durchzug der russischen Kavallerie, Feldküchen, Reitertruppen gewesen, so würde man den Eindruck gehabt haben, daß hier alles Leben aufgehört habe. Zu essen gab es selbstverständlich nichts; von roten Soldaten bekam ich aus einer noch dampfenden Feldküche schwarzen Kaffee und etwas Brot. Dies war auch alles, was ich im Laufe des Tages zu mir nehmen konnte. Erst Sonntag mittag sah ich schon in Mlawa ein russischer Offizier zu einem — allerdings dürftigen — Mittagessen ein. Ich habe nämlich Soldau mit den Russen verlassen. Auf einem verhungerten, mit einem Karoffelsack „bestatteten“ Bauernpferde ritt ich mit ihnen nach Nowo und von dort nach Mlawa. Von Mlawa nach Chorzels fuhr ich mit einem Panzerwagen. Es sei gleich hier festgestellt, daß sich der Rückzug der Russen entgegen den polnischen Meldungen nicht fluchtartig, sondern geordnet vollzog. Von Mlawa nach Chorzels konnte im allgemeinen nicht gut geredet werden. Die roten Soldaten brangen zwar hier und dort in die Wohnungen ein, um Lebensmittel zu suchen, denn die Verpflegung der rückstehenden Mannschaften war sehr dürftig, sie nahmen aber keine anderen Gegenstände mit, und in einem Falle war ich Augenzeuge, daß sie für einige Eier, die sie in einer Stube eines Bauernhofes gefunden hatten, 400 Rubel in die Kommode legten. Die deutschen Flüchtlinge, die ich auf meiner Reise von Marienburg über Alsenstein und Reidenburg nach Soldau sprach, sagten aus, daß die Russen zwar Requirierungen vorgenommen, aber mit barem Gelde und auf Wunsch sogar in deutscher Mark bezahlt hätten. Die paar Tage, als die Bolschewisten Szenen in Soldau waren — sagte mir ein dortiger Gewandbesitzer, waren für uns die Erlösung aus der polnischen Hölle. Man ersahle mir dagegen viel von den Drohungen, die die Deutschen in Soldau von den Polen hatten erdulden müssen. Es kam unter solchen Umständen nicht verwunderlich sein, daß die Soldauer Deutschen die Rote Armee mit Begeisterung empfangen haben. Allerdings müssen sie jetzt diesen vorzeitigen Jubel leider damit büßen, daß sie vollständig betäubt worden sind. Einige von ihnen sagten allerdings, daß auch dieses noch besser sei, als ein Deutscher unter polnischer Herrschaft zu sein.

Für die Verwirklichung des bolschewistischen Systems wird die Soldauer Episode nicht viel beitragen können. Der russische Kommandant Bomoberow hatte kein Ohr für die Einflüsterungen der örtlichen und eifrig hinzugezogenen ostpreussischen Kommunisten und Unabhängigen und hat es rundweg abgeschlagen, das Sowjetssystem einzuführen. Ziel mehr setzte er einen 21 köpfigen Bürgerausschuß ein, an dessen Spitze zwei Bürgerliche und ein Kommunist standen. Auch die Beschlagnahme der Banken ließ er nicht zu. Das Einzige, was er im Sinne der bolschewistischen Methoden tat, war, daß er alle Geschäfte schließen ließ und eine Verordnung erließ, wonach die vorhandenen Warenvorräte „gleichmäßig und nach dem tatsächlichen Bedarf“ verteilt werden sollten und daß er diese Verteilung durch zwei russische Offiziere überwachen ließ. Tagelang sorgte er durch strenge Maßnahmen dafür, daß nichts über die Grenze geschleppt werde. Aber auch die Einfuhr von deutschen Waren konnte nur erfolgen, wenn eine Bescheinigung der deutschen Zoll- und Grenzbehörden vorgelegt wurde, daß die Waren rechtmäßig durchgeschlagen und nicht geschmuggelt waren. Die Befestigung also daß Deutschland durch die russische Besetzung des Korridors anstelle des bereits geschlossenen „Rochs im Westen“ ein „Roch im Osten“ hätte beschaffen werden können, wäre also auch dann nicht eingetroffen, wenn diese Besetzung von längerer Dauer gewesen wäre. Der Kommandant Bomoberow betonte mit großer Nachdruck in Soldau, wo ich eine längere Unterredung mit ihm hatte, daß Russland zwar auf die deutsche

Produktion angewiesen sei, aber den Warenaustrich nur auf geordnetem und rechtmäßigem Wege geregelt sehen möchte.

Wenn sich aber auch die Russen in Soldau nicht bewegen ließen, die Räterepublik einzuführen, und sich den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen verstanden, so konnte ihnen doch nicht der Glaube genossen werden, daß Deutschland auf dem Wege zur Bolschewisierung sei und die „neueste Etappe der Weltrevolution“ bilden werde. Bomoberow und sein ganzer Stab waren über die Verhältnisse in Deutschland im großen und ganzen ziemlich gut unterrichtet, nur in diesem einen Punkte ließen sie sich von ihrem Irrglauben: icht abbringen. Als es feststand, daß der Rückzug sich nicht vermeiden lassen, rechneten sie sogar darauf, daß die deutschen Grenztruppen ihnen zu Hilfe kommen würden. Die ostpreussischen Kommunisten werden sie wohl in diesem Glauben befangen haben, denn wie ich einmündlich feststellen konnte, haben sie in den Siegestagen der bolschewischen Armee mit vollem Ernste den Ruf zu einem Einmarsch nach Ostpreußen getrieben mit der Begründung, Deutschland warte mit Jubel auf die russische Armee und wolle nichts schälicher erleben, als die Räterepublik. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß diese Redensarten, die hauptsächlich nur auf ein paar unverantwortliche Hypokrisen zurückzuführen sind, zu dem Resultate hätten führen können, daß Ostpreußen, im Falle einer Fortsetzung eines bolschewistischen Siegesmarches zum Aufmarschgebiet der Roten Truppen geworden wäre.

Entgegen den Versicherungen des russischen Generalstabes, daß der Rückzug nur zeitweilig und eine vorübergehende Episode wäre, kann festgestellt werden, daß die Rote Armee gezwungen sein wird, auch weiterhin zurückzugehen und daß die Nordarmee bereits von jeder Verbindung mit den anderen Roten Armeen abgeschnitten ist. Während ich diese Zeilen in Chorzels schreibe, ziehen ununterbrochen Rote Truppen aus jeder Richtung durch den Ort. Heute ist der Rückzug nicht mehr ein geordneter; einzelne Truppenteile handeln nach ihrem Ermessen u. trachten, die deutsche Grenze zu überschreiten. Wie es hier verläuft, sollen schon etwa 10000 Russen, darunter der ganze Stab der 15. Armee, auf deutschem Boden interniert worden sein. Die deutschen Grenzbehörden versuchen, die Russen von dem Uebertritt abzuhalten. So war ich am Mittag Grenzzeuge einer Verhandlung an der deutschen Grenze unweit Chorzels, als ein Reichswehr-offizier eine russische Gruppe von etwa 60 Mann bewog, in der Richtung nach Janowo weiterzugehen. Es muß aber damit gerechnet werden, daß die ganze russische Nordarmee auf deutsches Gebiet übertritt, falls es den Bolschewisten nicht gelingen sollte, östlich von Danzig, wo sie neue Stellungen bezogen haben sollen, die Verbindung mit der Nordarmee wieder herzustellen.

Die Lage in Württemberg.

Berlin, 30. Aug. In einem Artikel zum Steuerstreik in Württemberg schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Für die württ. und besonders die Stuttgarter Arbeiter scheint es sich jetzt um eine grundsätzliche Frage zu handeln. Es liegt nahe, daß sie in der Befreiung der Großbetriebe durch Polizeimannschaften eine offene Provokation ihrer Arbeitergefühle erblickten, daß sie in ihr eine einseitige Stellungnahme für die kapitalistischen Privatunternehmungen und gegen die Arbeiterinteressen sehen. Unausgesprochen wollen sie durch ihren allgemeinen Ausspruch den Anklagen wehren und für die Zukunft vordrängen, daß die einseitige Bevorzugung der Unternehmerinteressen nicht auch in der deutschen Republik Platz ergreife, wie in den Zeiten des Kaiseriums. Insofern würden die württembergischen Arbeiter sicher die Sympathie ihrer gesamten deutschen Klassenossen finden. Aber man darf nicht vergessen, daß die Bewegung von der Ablehnung des Steuerabzugs ausgeht; und hier scheint es sich doch um eine Bewegung zu handeln, die in der Gesamtarbeiterchaft eine sehr verschiedenartige Beurteilung erfährt. Von kommunistischer und halbkommunistischer, d. h. unabhängiger Seite wird gegen den Steuerabzug eine planmäßige Agitation geleitet. Indem man den Arbeitern einredet, daß sie die Gewalt hätten, die Steuer zu verweigern, will man praktisch das deutsche Reich in seiner gegenwärtigen Verfassung dem völligen Bankrott entgegenreiben und hofft so zu erreichen, was durch die Mittel der Ueberzeugung nicht zu erreichen wäre: anstelle der demokratischen Republik das russische Sowjetssystem einzuführen. Ganz zweifellos haben die unverantwortlichen Kräfte bei ihrer Agitation ein sehr gewichtiges Scheinargument zur Verfügung. Sie operieren nicht ungeschickt mit der Tatsache, daß die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen, außerordentlich scharf und tief greifenden Kapital- und Vermögenssteuern immer noch nicht erhoben werden und daß der Anfang mit der Steuererhebung gerade bei den Arbeitern und Angestellten gemacht wird. Dazu kommt, daß die zehn- oder mehrprozentigen Abzüge tatsächlich denjenigen am schwersten treffen, der von seiner Hände Arbeit lebt und die Familie ernähren muß. Trotz alledem aber ist die Agitation gegen den Steuerabzug nicht weiter als ein bössartiger grober Unfug; denn jeder Mensch, der mit gesundem Sinne bewaffnet ist, weiß, daß kein Staatswesen ohne regelmäßige Einnahmen existieren kann. Man weiß auch, daß die deutsche Republik mehrere Monate hindurch die neuen Steuern nicht hat erheben können,

weil die Vorbereitungen gesetzgeberischer und verwaltungstechnischer Art noch nicht vollendet waren. Es ist schon ein erheblicher Zeitraum entfallen, während dessen die Staatskassen und leider auch die Gemeinkassen leer blieben. Endlich einmal muß der Anfang gemacht werden, um für die demokratische Republik die lautenden und regelmäßigen Einnahmen zu schaffen, die erforderlich sind, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Würde die Beweizung der Steuerzahlung allgemein werden, d. h. würden sich die kapitalistischen Kreise auch nur mit einem Schein des Rechtes auf die Arbeiter und Angestellten berufen können, um die ganze Steuerlast zu sabotieren, so wäre praktisch nicht nur das Reich lahmgelegt, sondern auch die Einzelstaaten und die Gemeinden. Es liegt auf der Hand, daß die hohen Steuerbetreiber, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten abgezogen werden, im Laufe der Zeit doch wieder in Form von Lohnregulierungen in irgend einer Weise ersetzt werden und damit in den Betriebsauskosten aufgehen. So betrachtet stellt sich der Lohnabzug für die Steuer lediglich als der Umweg, auf dem die Steuer an der Quelle der Produktion erfaßt wird. Bei ruhiger Ueberlegung werden sich also die Arbeiter sagen müssen, daß die Waffe der Steuerverweigerung ein sehr zweifelhaftes Schwert ist und sich unter Umständen mit voller Schärfe gerade gegen die Arbeiterschaft selbst wenden kann. Die Arbeiter werden deshalb zweifellos den Agitatoren, die aus sehr durchsichtigen Gründen sie zu Unbesonnenheiten verleiten wollen, scharf auf die Finger sehen. Streiks sind in Zeiten wirtschaftlicher Depression fast immer gewagte Mittel gewesen. Streiks lediglich zu dem Zweck, um den gesetzlichen Steuerabzug zu verhindern, können zu mehr werden, nämlich zu einem Fehler und Fehler hat die Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit doppelt peinlich zu vermeiden.

Die Wasserversorgung.

Die Verände, Stuttgart durch den Generalstreik trocken zu legen, sind gescheitert. Die Wasserversorgung ist bis jetzt in voller Tätigkeit.

Streik und Presse.

Die zuständigen Organisationen haben sich gestern mit der Frage befaßt, wie trotz des Streiks der völlige Ausfall der Presse wenigstens zum Teil beseitigt werden kann. Beschlossen wurde, daß vom Montag eine einzige Zeitung in Stuttgart als reines Nachrichtenblatt und Publikationsorgan der Staatsregierung in deren Auftrag erscheinen wird. Die Redaktionen sämtlicher bürgerlichen Blätter werden daran mitarbeiten. Die Hauptaufgabe des Blattes ist, falsche Nachrichten über die Haltung der Regierung sofort richtig zu stellen und für eine wahrheitsgemäße Auffklärung der Bevölkerung zu sorgen. Das Blatt wird einen besonderen Namen erhalten und vollkommen unparteiisch sein, indem es lediglich der Politik des gesunden Menschenverstandes zu dienen bestimmt ist.

Weitere Einzelheiten zum Generalstreik.

Die Lage am Samstag.

In Heilbronn herrschte bis 2 Uhr der einseitige, von da an der verächtliche Generalstreik. In Ravensburg wurde der Generalstreik beschlossen, aber nicht vollständig durchgeführt. In Friedelslohhausen haben die Arbeiter des Aufschiffbaus ebenso wie die der Fahrradfabrik den Generalstreik abgelehnt mit der Begründung, daß sie der kommunistischen Führung nicht folgen wollen. Der bekannte Kommunist Müller-Ravensburg agitiert äußerst lebhaft. Die weitere Wirkung seiner Umtriebe bleibt abzuwarten. In Untertürkheim haben etwa 100 junge Dicker-Arbeiter am Samstag morgen den Bahnhof besetzt und die Beamten an der Ausübung des Dienstes gehindert. Als man sie auf das Gefährliche ihres Benehmens aufmerksam machte, antworteten sie, nur über ihre Zeichen hinweg werde die Regierung wieder in den Besitz des Bahnhofs gelangen. Es dauerte nicht lange, bis die Dupen der Automobile erlösten, auf denen eine Schar Polizeiwärter herannahen. Die Rührmänner verschwanden sofort. Mühselos studierte die Polizeiwärter den Bahnhof und stellte den Betrieb wieder her. Der Bahnhof ist jetzt von Verkehrswege besetzt. In Kornwestheim ging es etwas friedlicher zu. Junge Arbeiter der Schuhfabrik Sigle erklärten den Bahnhof. Aber auch hier floß kein Blut. Unter den Stürmenden befanden sich einige Eisenbahnarbeiter. Teile der Einwohnerwehr und die Verkehrswege haben den Bahnhof bald darauf mit Hilfe eines Panzerzuges wieder in Besitz genommen. Die beiden Hauptführer wurden verhaftet und nach Stuttgart geschafft.

Ravensburg, 30. August. Der in einer Betriebsraterversammlung am Freitagabend für Samstag vormittag angesagte verächtliche Generalstreik hat pünktlich begonnen. Es scheint jedoch, daß die größte Anzahl der Arbeiter für den Streik nicht allzu begeistert ist. In der auf Samstag vormittag 9 Uhr angesetzten Versammlung in der Turmhalle waren nur die Arbeiter der Maschinenfabrik Escher-Woh und der Gießerei Holmer erschienen. In den übrigen Betrieben wurde gearbeitet. Die Einwohnerwehr ist eintreten.

Wurach, 30. Aug. Infolge des am Freitag nachmittag von den Betriebsräten Groß-Stuttgarts beschlossenen verächtlichen Generalstreiks sind die Arbeiter der Heilbrunger Turf-

werke am Sonntag früh in den Ausstand getreten. Ihnen wurde sich auch die Arbeiterschaft der anderen hiesigen Zwickelbetriebe angeschlossen. Ebenso wurden die in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Gehilfen zum Verlassen der Arbeit aufgefordert.

1. Aug. 30. Aug. Eine Versammlung der Vertrauensleute, die am Sonntag abend von 330-350 Betretern besucht war und zur Frage des Generalstreiks Stellung nahm, hat den Generalstreik mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt, nachdem Redner aller Parteischattierungen einschließlich der Kommunisten zur Sache gesprochen hatten. Verträge, die Versammlung gewaltsam zu stören, wurden vereitelt.

Der Bund der Verkehrsbeamten gegen eine Falschmeldung des Aktionsausschusses.

1. Stuttgart, 30. Aug. Der Bund der württ. Verkehrsbeamten ist eingeschlossen, den Betrieb der staatlichen Verkehrsanstalten unbedingt aufrecht zu erhalten. Er hat seinen Standpunkt mit aller Bestimmtheit gegenüber der Eisenbahngeneraldirektion zum Ausdruck gebracht. Eine anderslautende Notiz in dem Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses der Stuttgarter Verkehrsämter vom 28. d. Mis. ist irreführend. Auch das Fahrpersonal der Eisenbahnen steht hinter dem Bund und billigt seine Maßnahmen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen den Streik.

1. Im überfüllten Saal des Friedrichsbau in Stuttgart haben am Samstag abend die Vertrauensleute der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände (Gesamtverband deutscher Staatsangestellter-Gewerkschaften, F. G. B., Gesamtverband der Angestellten-Gewerkschaften, D. G. B., D. V. B., D. V. G., Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften) Stellung zum Generalstreik genommen. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Vollversammlung der Vertrauensleute dem ratenweisen Steuerabzug grundsätzlich nicht ablehnend gegenübersteht. Von einer grundsätzlichen u. gewaltsamen Verhinderung der Durchführung des gesetzlichn Steuerabzugs durch die Gesamtheit der Arbeitnehmer könne nicht die Rede sein. Die Regierung hätte sich vor der Schließung und militärischen Besetzung der Betriebe mit den Berufsverbänden in Verbindung setzen müssen. Die strikte Kollektiventlassung der Arbeitnehmer mit langfristigen Dienstverträgen sei ungesetzlich und rechtswirksam. Um aber den Bestand des Reiches und seiner Gliedstaaten im Zusammenhang mit der Steuererhebung nicht zu gefährden, ist der Bund mit dem Steuerabzug an Lohn und Gehalt zunächst einverstanden, unter der Voraussetzung, daß die militärische Besetzung der Betriebe sofort zurückgezogen und die Weiterbeschäftigung der Ausgeperrten gewährleistet wird.

Aktionsausschuss und Regierung.

1. Stuttgart, 30. Aug. Die am Sonntag im hiesigen Gewerkschaftshaus tagende Delegiertenversammlung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts hat dem Aktionsausschuss und der Streikleitung folgende Grundzüge, nach denen sie handeln sollen, vorgelegt: Verhandlungen mit der Regierung werden nicht abgelehnt, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Zurückziehung der Truppen und Öffnung der Betriebe. Die Arbeiterschaft dagegen erklärt sich bereit, sich den Steuerabzug gefallen zu lassen unter der Bedingung, daß sofort Verhandlungen mit der Reichsregierung über den Steuerabzug eingeleitet werden. Die sofortige und restlose Eingehung der Vermögens- u. Kriegsgewinnsteuer ist durchzuführen, der Reichstag soll einberufen werden. Die Unternehmer verpflichten sich, alle Ausgesperrten wieder einzustellen, die Regierung macht ihren ganzen Einfluss in dieser Beziehung auf die Unternehmer geltend, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Aussperr- und Streiktage sind zu bejahen. — Bis zur Erfüllung dieser Voraussetzungen für eine Verhandlung soll der Generalstreik mit voller Schärfe weitergeführt werden. Darauf hat die Regierung am Montag vormittag folgende Antwort erteilt. Die Forderung bedingungsloser Anerkennung des Steuerabzugs an Lohn wird von der Regierung aufrecht erhalten. Nach Sicherstellung des Steuerabzugs und des ungeführten Betriebs der geschlossenen Werke wird die Regierung die Vollzeithilfe zurückziehen. Die Aenderung des Einkommensteuergesetzes ist Sache des Reichs und des Reichstags. Die württ. Regierung ist bereit, Aenderungs-

vorschläge der Reichsregierung zu übermitteln. Die Steuererhebung müssen restlos durchgeführt werden. Auf Antrag der beteiligten Parteien wird die Regierung bei der Wiedereinstellung der entlassenen oder freitretenden Arbeiter mitwirken. An der Ablehnung der Forderung des Lohnausfalls muß die Regierung festhalten.

Tages-Neuigkeiten.

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 30. August. Am ersten Tag der allgemeinen Rüstungsmesse setzte morgens ein lebhafter Verkehr ein, wenn auch merklich schwächer als bei den letzten Messen. Infolge der frühen Besichtigung durch die Industrie mit über 12000 Ausstellern ist das äußere Bild das gewohnte, sogar noch um einige Töne reicher. Der Einkäuferbesuch bleibt bisher gegen das Frühjahr zurück. Besonders gilt das von den Ausländern, unter denen immerhin Holländer, Skandinavier, Oesterreicher und Spanier, sowie andere europäische und überseeische Kaufleute vertreten sind. Die vom Messenamt geladenen Vertreter der in- und ausländischen Tages- und Fachpresse wurden gestern vormittag durch Direktor Raymond Köhler begrüßt, worauf Geheimrat Nordens über die Bedeutung der Leipziger Messe für Deutschlands wirtschaftlichen Zukunft sprach. Nach der Begrüßung erfolgte die Besichtigung der Messe.

Geldmittel zur Heimkehr der noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen.

London, 30. Aug. Der Völkerbund gibt bekannt, daß verschiedene Regierungen rasen 1 Million Pfund Sterling zur Verfügung gestellt haben, die nötig waren, um die Heimkehr der gegenwärtig in Deutschland, Rußland, Sibirien und Turkestan befindlichen 500000 Kriegsgefangenen zu Ende zu führen.

Die ostpreussische Lage.

Berlin, 30. Aug. In einer Unterredung, die ein Korrespondent des Berliner Tagesblattes mit einem Vertreter des Wehrkreiskommandos über die Lage in Ostpreußen hatte, äußerte sich letzterer über die weitere militärische Entwicklung. Die Lage sei ganz ungewiß. Die Berichte von großen russischen Truppenansammlungen seien wahrscheinlich sehr übertrieben. Bemerkenswert aber sei die Tatsache, daß die Polen an der Grenze Gräben und Verschanzungen mit der Front nach Deutschland bauen. Sie läßt sich offenbar eine Verbindung Deutschlands mit Rußland. Ob die Polen sich damit begnügen werden, ihr Land vom Feinde befreit zu haben oder ob sie über die Grenze hinausmarschieren werden, bleibe abzuwarten.

Jur. Donaufrage.

Budapest, 30. Aug. „Beszlo Hirlap“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Präsidenten der internationalen Donau-Kommission, Admiral Troubridge, der u. a. erklärte, die Kommission habe sich die Aufgabe gestellt, den Donauverkehr für den Handel und die Schifffahrt in möglichst großem Maßstab herzustellen. Sämtliche Nebenflüsse der Donau, welche mindestens durch zwei Länder fließen oder sie berühren, sollen als internationale Flüsse erklärt werden. Was Ungarn betreffe, so gehörten dazu die Drava, die Tisza und die Maros. Es sei ihm gelungen, durchzusetzen, aus den Teleschen und den fünfzehner Kolonnenarmen des für den Donauverkehr notwendige Kohlenquantum zu erhalten. Troubridge erklärte schließlich, daß die Aussichten für die Zukunft günstig seien. Das Ziel sei, zwischen den Uferstaaten eine feindliche Stimmung zu schaffen.

Anträge zur ersten Vollversammlung des Völkerbundes.

Berlin, 30. Aug. Wie der Berliner Lokalanzeiger erzählt, ist nach einer Meldung der U. P. A. die Meinung, daß der australische Ministerpräsident Hughes zur ersten Vollversammlung des Völkerbundes in Genf persönlich erscheinen werde, richtig. Die Morning Post erklärt diese Tatsache damit, daß die Japaner auf dieser Tagung das Problem der Rassenfreiheit zur Sprache bringen wollen. Darüber ist man anscheinend in Australien sehr beunruhigt und befürchtet, daß die Japaner eine Mehrheit für ihren Vorschlag erhalten könnten.

Protest gegen die polnischen Gewalttaten.

Berlin, 30. Aug. Gegen die polnischen Gewalttaten und

die Mißhandlungen der Deutschen in Oberschlesien fand im Ostgalien eine gewaltige Protestkundgebung der in Berlin wohnenden Oberschlesier statt, an der etwa 50000 Personen teilnahmen. Von sieben verschiedenen Stellen sprachen Redner der furchtbaren Greuelthaten in Oberschlesien und Verneinung aller politischen Parteien. Zum Schluß wurde einstimmig eine Protesterklärung angenommen. Die ganze Kundgebung nahm einen ruhigen und unpassanten Verlauf.

Der amerikanische Gesandte in Warschau.

Paris, 30. August. Laut „Journal de Debats“ ist der amerikanische Gesandte Gibson wieder in Warschau eingetroffen.

Auffhebung des finnisch-russischen Friedensschlusses.

Paris, 30. Aug. Die das „Journal de Debats“ aus Helsinki meldet, ist die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des finnischen Reichstags zusammengetreten und hat sich in geheimer Sitzung mit der Frage des Friedensschlusses mit Sowjetrußland befaßt. Es ist beschlossen worden den Friedensschluß aufzuheben.

Schwere Krise in Petersburg?

Rosenshagen, 30. Aug. „National Tidende“ meldet aus Helsingfors: Alles deutet darauf hin, daß Petersburg jetzt eine schwere Krise durchläuft. Jeder freie Handel ist verboten. Alle Geschäfte sind geschlossen. Es werden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen. Für die polnische Front werden zahlreiche Zwangsaushebungen durchgeführt. Große Truppenabteilungen gehen von Petersburg an die Front.

Rußland zeigt Entgegenkommen.

Paris, 30. Aug. Nach einer „Temps“-Meldung aus Warschau sollen die Bolschewisten bereit sein, nach Unterzeichnung des Waffenstillstands in Rußland die Besprechungen über den Frieden in Warschau fortzusetzen. Der Minister des Äußeren begibt sich morgen nach Brest-Litovsk zu einer Besprechung mit dem Führer der polnischen Delegation. Nach demselben Ort fand bereits eine Zusammenkunft der Parteiführer des polnischen Reichstags in Warschau statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags, der aber abgelehnt wurde. Nur die Kommissionen für Krieg und auswärtige Angelegenheiten werden in der nächsten Woche zusammentreten.

Äußerung des russischen Oberbefehlshabers.

Paris, 30. Aug. Nach einer Radium-Meldung aus London, soll der Oberbefehlshaber der russischen Arme Schtschikowsky einem Korrespondenten des „Daily Herald“ erklärt haben, in 10 Tagen werde die Rot-Armee für den Krieg bereit sein. Man sei entschlossen, die Revolution um jeden Preis zu verteidigen.

Beginn der russischen Gegenoffensive.

Besel, 30. Aug. Dooos meldet aus Warschau: Zwischen Brest-Litovsk und Brest ist seit Freitag eine große Schlacht im Gange. Die Bolschewisten haben Verletzungen erlitten und sind teilweise wieder in der Uebermacht. Die Russen erneuern unaufhörlich ihre Angriffe, ohne jedoch merklich Boden zu gewinnen.

Besel, 30. Aug. (Priv. Tel.) Die englischen Sonntagblätter bestätigen, daß an der polnisch-russischen Front ein Umschwung eingetreten sei. Die Russen haben über 7 Divisionen zwischen Grodno und Brest-Litovsk konzentriert. Seit Samstag früh sei eine bolschewistische Offensive gegen Brest-Litovsk, das beschossen wird, im Gange.

Die neuen polnischen Friedensvorschläge.

Berlin, 30. August. Die dem polnischen Außenminister Sapieha nahestehende Glat nennt laut einem Krakauer Telegramm des U. A. als Hauptpunkte der polnischen Friedensbedingungen: 1. Anerkennung der äußeren und inneren Unabhängigkeit Polens; 2. Zuerkennung einer Ostgrenze, bei der alle Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung oder polnischer Kultur an Polen fallen; 3. die dauernde Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen; 4. die Unabhängigkeit Litauens und Weißrußlands muß insoweit gewährleistet werden, daß nicht die Gefahr ihrer Abhängigkeit von Sowjetrußland besteht. Um dies zu erreichen, könnten diese Randstaaten vorläufig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

„Einzelbilder aus Nagolds früherer Zeit“.

Von G. S. Kläger. (8)

Was aber die Unterbringung der Kinderschule, die 1838 mit Frä. Luise Eitel ins Leben trat, anbelangt, so fand ich dieselbe in meiner Nüchtheit in dem früher Harrschen, nunmehr Hoser'schen Hause am Zwinger. Von dort siedelte Jungfer Karoline (Gauß) mit ihr im Jahr 1867 in den unteren, nach Osten gelegenen Saal des Roten Schulhauses, später aber in das Parterre des Knabenschulhauses über. — Nach ihrer Zweifelsentstellung ward die eine Abteilung in dem Friedrich Herrich'schen Hause an der Bahnhofsstraße, die andere in dem oberen, östlichen Teil des Farrenstallgebüudes und zumaligen Feuerwehmagazins in dem Saal untergebracht, der vor Erstellung der Seminarturnhalle dem Turnen der Lateinschüler wie des Turnvereins gewidmet war. Dort blieb die Knabenschule auch zu der Zeit, als ihr der untere Stock des Lehrerwohnungsgebüudes für die andere Hälfte der Schüler und zur Wohnung der Schwestern (Karoline u. Elisabeth Fink) 1912 eingeräumt wurde und wird dort bleiben, bis einst der von Schwester Karoline mit viel Eifer und Wärme in die Stadt hineingetragene und dort mit Verbehalten verständnisvoll aufgenommene Plan eines eigenen Kinderschulgebüudes zur Ausführung gelangt sein wird.

Was das größte Unterrichtsgebäude unserer Stadt, das Lehrerseminar, betrifft, das 1861 eingeweiht und eröffnet wurde, nachdem es 1 Jahr lang in der Präparandenanstalt unter Stefan Krumler, Heller Strähle, S. O. Schwarzmaier, Schulhelfer Dölter u. a. ein provisorisches Dasein geführt hatte, so ist das ein Gebüde, das staatlicher und nicht städtischer Natur ist und deswegen nicht mehr in diesen Rahmen gehört, ebensowenig oder noch weniger als die Landstummelanstalt, die von 1888-1911 in unserer Stadt, zuerst in den Räumen des Seninars, zuletzt im Kellerhause untergebracht

war und durch die Unterbringung seiner Zöglinge in den Familien der Stadt mit dieser in nähere Berührung kam.

Oberlehrer Vauder.

Er hatte entschieden etwas Bornchmes, laßt Aristokratisches in seinem Wesen und Gebahren, der Mann, der von den fünfziger Jahren bis in den Anfang der achtziger Jahre zuerst als Mädchen-, dann als Knabenschullehrer hier den Samen der Bildung in die Herzen der Jugend gestreut hat und den die alten Bürger der Stadt noch heute mit größter Verehrung zusammen mit den anderen damaligen Volksschullehrern Gauß, Kläger und Dölter nennen.

In meiner Seele erhebt, wenn ich seiner gedenke, ein Mann von mittlerer Größe, mit großer, schöner Stirne, mit blinzenden, zwinernden Augen, etwas breitem Rande und nicht ganz militärischer Haltung, um den Hals den Alwatertragen mit der schwarzen Binde. Und noch höre ich seine etwas näselnde Stimme, wie sie im Alter geworden ist.

Die Sorgfalt und Barmherzigkeit in der Pflege des eigenen Körpers und in der Instandhaltung der einfachen, aber guten Kleidung und der stets tadellosen Leibwäsche gab wohl das Bild des inneren Menschen zurück, der die Pflichten des Menschen in seiner allgemeinen sittlichen Lebensführung wie die besonderen Aufgaben des Berufs in durchaus edler Gesinnung erfaßte und sich mit bestem Eifer und großer Treue in deren Dienst stellte, der sich auch im Verkehr mit seinen Mitmenschen bei aller Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft jeder gemeinen Einmischung in fremde Dinge fern und gewisse Leute immer in einer Respektswelt vor sich hielt.

Das bestimmte ihn auch, nur in durchaus einwandfreien außerbürgerlichen Plätzen seinen Schoppen oder sein Bierchen Wein mit großem Maßhalten zu sich zu nehmen und dabei seine liebe Zigarre bis auf den letzten kleinsten Rest zu rauchen.

Wir haben bewundert ihn oft, wie er das mit Hilfe seines Federstiftchens oder eines einfachen Fäddholzes fertig brachte. In späteren Jahren, als ich ihm etwas näher treten durfte, erzählte er mir, wie er erst im Schnobrenalter

und zwar — es mag sonderbar klingen — aus Gesundheitsrücksichten und auf Anraten eines Freundes zu dem gerollten Tabakblatte und seines Feuertgenusses gekommen sei und durch dasselbe seinen etwas trägen Magen zur Verdauung angeregt und ermuntert habe. Und das hohe Alter von 87 Jahren, das der arbeitskneubige Mann erreichte und das er ja wohl in der Hauptsache einem guten Grundkapital an Lebenskraft und einer einfachen, mäßigen und planvollen Lebenshaltung verdankte, scheint die Lebensförderung der Zigarre und ihres mäßigen Genusses in gewissen Fällen zu beweisen und zu bezeugen.

Die Volkstümlichkeit, deren sich Oberlehrer Vauder erfreute und in der er heute noch bei seinen Schülern fortlebt, hatte aber ihren Grund nicht zumeist in seiner außerordentlichen Führung und Haltung, sondern in dem Sinn und Geist, in dem er seinen Beruf ausfüllte und in dem Erlaß seiner Tätigkeit und nicht am wenigsten in der persönlichen Stellung, die er zu jedem einzelnen Schüler einnahm.

Sie alle, die ihm zu Füßen saßen, saßen und merkten, wie er mit ganzem Herzen an seiner Aufgabe und an seinen Schülern hing, und läßt seine wohlgemeinte Liebe auch durch die Strenge und Schärfe einer etwaigen notwendigen Züchtigung hindurch. Und das gab ein Vertrauensverhältnis.

Er fühlte sich als Vertreter der Volksschulrechte insbesondere auch der Lateinschule gegenüber, und da trat oft das Pedantische hervor, das man den Lehrern nachsagt und das in gewissem Sinn ja kein Vorwurf, sondern mehr die Anerkennung einer im Unterricht und in der Erziehung der Kleinen notwendigen Besorgnisart, wenn nicht geradezu lebenswerten Charaktereigenschaft sein soll und kann. Es war, als ob ihm der Klassenunterschied, der in der Spaltung der Knaben in der Latein- und Volksschule sich verlor, so das Gleichmaß der Seele taubte, daß er jede kleine Begünstigung benützte, seinem inneren Unmut über diese gesellschaftliche Ungerechtigkeit Ausdruck zu verleihen und er befand sich in diesem Zusammenhang nicht nur die Schüler, sondern ab und zu auch den Lehrer bis fast zu tätlichen Angriffen.

(Fortsetzung folgt.)

Witterung mit Besuche machen.

Paris, 30. Aug. Nach dem "Petit Parisien" wird Müllerand im September Köln, Bonn, Mainz und Worms besuchen und nach dreiwöchigem Aufenthalt in den Rheinlanden ein- einhalb Tage in Straßburg und Colmar zubringen, um dann nach Algès-Comas zu reisen.

Millionenschaden.

Stockholm, 30. Aug. Die Wertpapiere der Aktiengesellschaft Wdholm in Hantsfors sind gestern Nacht niedergebrannt. Der Schaden wird auf vier bis fünf Millionen Kronen geschätzt.

Die Lage in Griechenland.

Rom, 30. Aug. Nach einem Bericht aus Konstantinopel vom 25. d. M. mußten sich die Griechen von ihrer Stellung bei Omicidi zurückziehen. In der Gegend Klassei und Usshat dauern die Kämpfe an. Griechische Verstärkungen sind auf dem Marsch. Weiter wird berichtet: Nachrichten aus Adalio bestätigen den Ernst der Lage in den von den englischen Truppen besetzten Gebieten. Die Bahnlinie Bagdad-Besraah ist an mehreren Stellen unterbrochen.

Vor einer neuen griechischen Offensive.

Smyrna, 30. Aug. Die Griechen ziehen Truppen für eine neue Offensive zusammen, deren Ziel, wie berichtet wird Ouzal ist. Bedeutende türkische Streitkräfte werden zum Widerstand zusammengezogen.

Griechenland und die „kleine Entente“

Paris, 31. Aug. Nach einer bulgarischen Havas-Depesche wird sich der rumänische Minister des Aeußeren nach Athen begeben, um mit Benizelos über den Anschluß Griechenlands an die sogenannte „kleine Entente“ zu verhandeln.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 31. August 1920.

Maul- und Klauenseuche. Auch hier ist nun die Maul- und Klauenseuche und zwar in der „Vind“ ausgebrochen. Vorichtsmaßnahmen zur Verbindung einer weiteren Ausbreitung der Seuche sind getroffen. Außerster Voricht bei dem überragenden Charakter der Seuche ist geboten.

Erfolg für Seuchenschäden. Wie in einer Versammlung der Bezirk. Hygienevereine von dem Vorsitzenden, Oberamtsrat Dr. Doseker, mitgeteilt wurde, sind die staatlichen Behörden bereit, den durch die Maul- und Klauenseuche geschädigten Hygienehaltern weitgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Von großer Wichtigkeit für Landwirte sind die Verfügungen der Württ. Landesanstalten für Pflanzenschutz in Hohenheim über das „Weizen der Saatfrucht“ in der letzten Nummer des Wochenblatts für Landwirtschaft, darauf alle Landwirte und Selbstverwalter ganz besonders zur Beachtung hingewiesen werden, nachdem neuer der Steinbrand bei Weizen und Dinkel großen Schaden verursacht hat und zwar auch auf solchen Acker, deren Saatfrucht gebräut war. Woher diese Erscheinung kommt, wird in jenen Ausführungen einleuchtend nachgewiesen. Aus begangenen Fehlern muß man lernen; tut dies der Landwirt nicht, so schädigt er sich selbst in recht schmerzlicher Weise. — In allen Gemeinden muß daher eine zweckentsprechende Gelegenheit zum Saatfruchtbräuen eingerichtet werden!

Kleinhandelszusammenschluß. Wie schon in anderen Bezirken, fand letzten Sonntag auch in Calw in einer gut besuchten Versammlung im Dreifischen Saale ein Zusammenschluß der Kleinhändler statt. Das Resultat der Versammlung war, daß für den Bezirk Calw ein einzutragender Verein, genannt „Kleinhandelsbund“ mit vorerst ca. 70 Mitglieder gegründet und als Vorsitzender Kaufm. Paulus von Heuberg gewählt wurde. Daß auch einige Kleinhändler vom Bezirk Ragold erschienen, beweist, daß auch hier bereits Interesse für die Sache vorhanden ist. Diefelben beabsichtigen den jungen Calwer Verein und lagten ihm möglichst baldige Erfolge auf diesem Wege zu.

Die württembergische Volksewehre in Tübingen und Sigmaringen stellt Volksewehrgesetze ein unter folgenden Bedingungen: Aufstellung als Beamtenamt! Nach Ableistung gewisser Dienstzeit, wobei frühere Dienstzeit im Heer u. a. angerechnet wird. Anstellung als Staatsbeamter auf 1/2-jährige Rindigung, später auf Lebenszeit. Gehalt gemäß württ. Besoldungsordnung für Volksewehrgesetze Gruppe A Grundgehalt 4000—6000 M Ortszuschlag für Tübingen 1400—2000 M Ortszuschlag für Sigmaringen 1200—1700 M außerdem 50% des Grundgehalts und des Ortszuschlags als Feuerungszuschlag. Auch hierbei Anrechnung früherer Dienstzeit im Heer u. a. Alter zwischen 19 und 25 Jahren, unverheiratet, guter Leumund, gute Zeugnisse, einwandfreie Führung. Größe mindestens 1,65 m, kräftiger Körperbau, vollkommene Felddienfähigkeit. Verpflichtung bei Einstellung als Beamtenamtler zunächst auf 2 Jahre, wozu ein halbes Jahr Probezeit. Meldung mündlich oder schriftlich bei der Volksewehrgeschule III in Tübingen unter Befreiung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und der Schul-, Dienst- und Leumundzeugnisse. — Ordentliche und intelligente Leute finden bei der Volksewehre ein befriedigendes Arbeitsfeld, das sichere Ausichten bietet. Wer nicht dauernd der Volksewehre angehören will, kann sich die Bezeichnung erwerben, zu anderen Behörden überzutreten. Für Bildungsmöglichkeit zu diesem Zweck ist in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen. Die Gehaltsregelung ist mindestens eine befriedigende zu nennen, umso mehr als frühere Dienstzeit im alten Heer etc. bei Festsetzung des Gehalts voll angerechnet wird.

Aus dem übrigen Württemberg.

Freudenstadt, 30. Aug. In drei Ställen ist hier die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Seuche wurde eingeschleppt durch einen Transport des Viehhändlers Rog Fröhlich-Ringingen, und es besteht für alle Tiere, welche in Klosterreichenbach von diesem Händler gekauft wurden, der Verdacht der Maul- und Klauenseuche.

Freudenstadt, 29. Aug. Der seit acht Tagen vermiste Richard Haug ist inzwischen wieder wohlbehalten zurückgekehrt.

Die Kriegsschädigten und das Reichsverordnungsgezet. Vom Reichsbund der Kriegsschädigten wird uns geschrieben: eines der letzten Gesetze, das die Rationalversamm-

lung zur Verabschiedung gebracht hat, ist das Reichsverordnungsgezet, das die Ansprüche der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen regelt. Es hat jedoch, obwohl es gegenüber dem alten Versorgungsrecht erhebliche Verbesserungen bringt, nicht in allen Fällen die Zustimmung der Versorgungsberechtigten finden können. Versammlungen von Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen haben sich auch in schärferer Weise gegen die nachteiligen Bestimmungen ausgesprochen. Auch der 2. Bundesstag des Reichsbundes der Kriegsschädigten, der Mitte Mai d. J. in Würzburg stattgefunden hat, nahm zu dem Verordnungsgezet eingehend Stellung und brachte die Haltung des Reichsbundes in einer einstimmig gefassten Resolution zum Ausdruck. Es wird dagegen Einspruch erhoben, daß nach den §§ 63 und 64 des Gesetzes das Ruben der Versorgungsgebühren schon bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 5000 M in Höhe von 1 Zehntel beginnt. Diese Grenze muß als entschieden zu niedrig bemessen bezeichnet werden und bedeutet in den meisten Fällen eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand; denn für einen erheblichen Teil der Versorgungsberechtigten werden niedrigere Versorgungsgebühren als bisher sich dadurch ergeben. Durch die Statistik ist nachgewiesen, daß das Existenzminimum einer Familie sich zwischen 10000 M und 15000 M bewegt. Werden nun einem Beschädigten, der durch außerordentliche Willenskraft und Fähigkeiten noch ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen von über 5000 M erzielt, die Versorgungsgebühren gestrichelt ohne Rücksicht darauf, daß er für sich und seine Familie noch lang; nicht die niedrige Grenze des Existenzminimums erreicht hat, so müssen Kürzungsbestimmungen außerordentlich nachteilig für die Arbeitsfähigkeit der Beschädigten wirken, deshalb ist eine erhebliche Heraushebung der Einkommensgrenze dringend notwendig. Dringend notwendig erscheint überhaupt die Prüfung, ob bei Heraushebung der Einkommensgrenze die Bestimmungen der §§ 63 und 64 nicht besser ganz in Wegfall kommen, da anzunehmen ist, daß bei Festlegung einer neuen Einkommensgrenze, die den wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen entsprechen würde, die Durchführung der Kürzungsbestimmungen mehr Verwaltungskosten verursacht, als durch die Kürzung der Versorgungsgebühren gespart werden kann. Es kommt noch das Bedenken der Versorgungsberechtigten hinzu, daß für die Kürzungsbestimmungen die Veranlagung zur Einkommensteuer in Betracht kommt. Obwohl nach dem Reichsverordnungsgezet vorgesehen ist, daß bei der Beurteilung der Erwerbsschäfte die Verhältnisse keinen Rücksicht bilden sollen, ist auf Grund der Erfahrung in der Rechtsprechung in der Sozialversicherung das grundsätzliche Bedenken der Versorgungsberechtigten gerechtfertigt, daß die Einkommensverhältnisse zu einem unzulässigen Maßstab bei der Rentenfestsetzung werden, denn bei den Nachuntersuchungen geht häufighin aus jedem Rentenakt hervor, welches Einkommen dem Versorgungsberechtigten zufließt. Die Beschädigten haben ein Recht, auch dann eine entsprechende Rente zu erhalten, wenn sie trotz ihrer Beschädigung durch Aufwand von außerordentlicher Energie in den Einkommensverhältnissen hinter anderen Erwerbstätigkeiten nicht zurückbleiben.

Große Beunruhigung hat die Schaffung einer neuen Ausgleichszulage hervorgerufen. Ueber das Prinzip, ob die sozialen Verhältnisse, in denen die Versorgungsberechtigten vor dem Kriege gelebt haben, Berücksichtigung finden müssen, braucht man sich solange nicht zu unterhalten, als nicht für alle diejenigen, die der untersten sozialen Schicht angehören, und für die nach dem Reichsverordnungsgezet eine soziale Ausgleichszulage nicht gewährt werden kann, daß damit das Existenzminimum erreicht wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Bezüge der vollständig Erwerbsunfähigen noch hinter den Gehaltsätzen weit zurückstehen, die in der Gruppe I des Besoldungsgezetes vom 30. April 1920 vorgegeben und u. a. für die Soldaten der Reichswehr maßgebend sind. Der Unterschied beträgt in der Obergrenze A über 2000 M zu ungunsten der Kriegsschädigten. Der Umstand, daß die Versorgungsgebühren der Hinterbliebenen prozentual nach der Bezugsrente der Beschädigten bemessen werden, spricht außerdem noch gegen die Gewährung der Ausgleichszulage. Die Hinterbliebenen eines gemeinen Soldaten, die infolge der sozialen Stellung einen Anspruch auf einfache oder doppelte Ausgleichszulage nicht erheben können, werden es nicht verstehen, daß z. B. die Witwe eines Bergwerksdirektors oder eines Offiziers 50 Prozent mehr Rente erhalten, wenn ersteren nicht einmal das Existenzminimum gewährt wird. Die Voraussetzung, die für die Gewährung erfüllt sein muß, kann ferner unmaßlich so abgegrenzt werden, daß damit jede Gefahr einer ungerechten Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen beseitigt ist. Insbesondere wird sich eine erhebliche Belastung der Militärversorgungswirtschaft und damit eine erhebliche Steigerung der Verwaltungsausgaben ergeben. Diese Ausgaben werden aber im Interesse der Versorgungsberechtigten und des Reichs besser verwendet, wenn sie gleich den Versorgungsberechtigten zufließen.

Mit Entrüstung hat der zweite Bundesstag des Reichsbundes davon Kenntnis genommen, daß der § 30 des Gesetzes offen gegen den Art. 121 der Reichsverfassung verstößt. Im letzteren ist vorgesehen, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind, wie für die ehelichen Kinder. Trotzdem ist im Reichsverordnungsgezet vorgesehen, daß ein Beschädigter für uneheliche Kinder nur dann Kinderzulage erhalten soll, wenn sie vor Anerkennung der Folgen der Dienstbeschädigung erzeugt worden sind.

Andere nachteilige Bestimmungen, wie die über die Kapitalabfindung für Beschädigte, die Ansprüche der Kriegsgelungenen, die Ansprüche der Hinterbliebenen auf Heilbehandlung und Berufsausbildung, die Gewährung einer Rente bei schwerer Beschädigung ohne gleichzeitige Beurlaubung der Erwerbsfähigen konnten nicht die Zustimmung der Versorgungsberechtigten und deren Organisationen finden. Das Reichsverordnungsgezet hat in den Reihen der Kriegsschädigten nicht voll dazu beigetragen, die bestehende Unzufriedenheit zu beseitigen und den Willen zur Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands, der auch im Interesse des Reichs unter allen Umständen notwendig ist, neu zu beleben. Dadurch, daß die Ausführungsbestimmungen zu den §§ 7, 25 Abs. 3 und 28, die der Reichsrat unter Zustimmung eines Ausschusses des Reichstages zu erlassen hat, den Organisationen der Kriegsschädigten nicht rechtzeitig vor der

Beratung im Reichsausschuß der Kriegsschädigtenfürsorge vorgelegt worden sind, denn, nachdem durch die Organisationen eine Beratung dieser Ausführungsbestimmungen verlangt worden und sie nur im Zusammenhang mit den gesamten Ausführungsbestimmungen behandeln wollten, ohne Mitwirken der Organisationen an den Reichsrat und Reichstag gegangen sind, ist unter den Kriegsschädigten eine offene Verberterung hervorgerufen worden. Die Organisationen gaben sich der Hoffnung hin, daß durch ihre intensive Mitwirkung bei Erlass der Ausführungsbestimmungen noch manche Härte gemildert werden könnte. Sie müssen das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums, das trotz des Einspruches der Organisationen die Ausführungsbestimmungen zu den §§ 7, 25 und 28 an den Reichstag gebracht hat, als eine Kampfanzeige betrachten. Der Reichsbund hat sich deshalb entschlossen, seine Ortsgruppen im ganzen Reich zu Rundgedungen, die voraussichtlich in der ersten Woche des September stattfinden, aufzurufen. Durch die Rundgedungen soll eine Vereitigung der nachteiligen Bestimmungen des Reichsverordnungsgezetes und eine entscheidende Mitwirkung beim Erlass der Ausführungsbestimmungen erreicht werden.

Spiel und Sport.

Der hiesige Fußballclub trug vergangenen Sonntag mit seiner durch 6 Ersatzleute geschwächten ersten Mannschaft, ein Freundschaftsspiel gegen die Spielabteilung des Turnvereins Möhringen aus und mußte dem spielstarken Gegner mit 7:0 den Sieg überlassen. Ueberlegene Balltechnik, rascher Start und große Ausdauer der Turner konnte man im Gegensatz zu dem systemlosen, ohne große Energie durchgeführten Spiel unserer einheimischen Elf bewundern. Wir wollen hoffen, daß die gestrige Schlappe der Nagolder Elf gezeigt hat, dass man gegen so spielstarke Gegner nur mit kompletter Mannschaft antreten darf.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Im Rückgang der deutschen Währung ist ein Stillstand zu verzeichnen. Am 23. August abends notierte die deutsche Mark in Zürich noch 117,3, am 25. bereits 125,0. Sie ist allerdings am 27. abermals wieder auf 123,0 gefallen. Ungeachtet werden in Deutschland wieder ausländische Devisen gehandelt. Der Wechsel nach Auslandsdevisen ist eben durch die Furcht vor dem Bolschewismus und durch unsere launige innerpolitische Führung neuerdings gestiegen. Da aber das Ausland auch die anderen europäischen Staaten hart trifft, ist zu hoffen, daß die in vier Wochen in Brüssel zusammen tretende Finanzkonferenz bessere Verhältnisse schaffen wird.

Stück. Die Generalstreikbewegung gegen den Steuerzahlg, die in Württemberg ausgebrochen ist, hat die deutschen Börsen wieder recht lebhaft an die sportaktive Gesehr erinnert. Unso lebhaft ist aber die Nachfrage nach Ankaufswerten. Die sogenannten Saluspapiere sind wieder schwall gestiegen. In einheimischen Industrie- und Bankaktien überwiegt das Angebot. Der Anlagemarkt behauptet sich gut: Reichsschatzungen P 50, Kriegsanleihe 79,50, 4prozent. Württemberger 88.

Produktenmarkt. Für Reis sind neue Höchstpreise erlassen worden; der Tonne darf nicht mehr als 375 M kosten. Reis ist jetzt freigegeben, wodurch das Geschäft sich gehoben hat. Die meisten liegen sehr fest. Haber ist begehrt. Heu und Stroh aber angeboten. Zuverlässiger Preisermittlungen aus Württemberg fehlen. Hopfen geht stramm an, zumal da der Schluß der Ernte durch das Wetter gestört ist. In Letztang werden jetzt über 2500 M bezahlt.

Warenmarkt. Die Kohlen- und Eisenpreise bleiben fest. Die Kohlenpreise sind durch die stark Verminderung der Förderung in Oberschlesien sehr verhärtet worden. Wolle geht weiter an, zumal da aus London zum Teil höhere Auktionspreise gemeldet werden. Das Geschäft mit Baumwollwaren ist ziemlich lebhaft trotz höherer Preise. Auch das Geschäft mit Wollewaren hat sich etwas belebt. Der Hamburger Feinmarkt zeigt einen Abstieg um 1 M für das Alfo, doch dürfte diese Erleichterung wegen der Salusdifferenzialen noch nicht vorhalten. Hütle und Leder gehen weiter an. Die unruhig gemeldete Preisermäßigung der deutschen Emailierwerke bezog sich nur auf einen Sonderzuschlag für die teuersten Waren; ein weiterer Preisabstosch im Detailhandel ist zunächst nicht möglich.

Wiedermarkt. Von einer einheitlichen Preisermäßigung ist immer noch keine Rede. Eher kann von einem Ansteigen gesprochen werden. Unter 300 M ein schönes Ferkel nicht zu bekommen. Rühle und Pferde sind in Württemberg teurer als irgendwo im Reich.

Holzmarkt. Ueber die Wälderpreise in den verschiedenen Provinzen der Kaiserreiche wird sehr geklagt. Vom schwedischen Holzmarkt lag uns neulich ein solcher Bericht vor, wonach Stammholz fäherlich 600—700 Mark ab Estion gilt. Interessanter auf dem Schwarzwalde trafen uns jetzt mit, daß der augenblickliche Preis wenig mehr als die Hälfte ab Wald betrage, wozu allerdings noch die erheblichen Anfuhrkosten zur Station kommen. Wirklich lebhaft ist das Geschäft nur in Eichen- und Pappelholz. Das Laubholzgeschäft liegt darnieder.

Legte Nachrichten.

Die Entspannung der Lage.

Stuttgart, 30. Aug. Die äußere Kriegslage hat sich im Laufe des Montag nicht verändert. In der Bevölkerung macht sich allerdings eine stärkere Nervosität bemerkbar, die aber völlig unberechtigt ist. Die Betriebsräte Groß-Stuttgarts haben in einer Versammlung heute eine Erklärung an die Regierung gerichtet, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug geht, woraus zu folgern sei, daß die Arbeiterkraft den Steuerabzug anerkenne. Darnach in antwortete die Regierung, die Anerkennung des Steuerabzugs durch die Arbeiterschaft sei noch zu klären. Diese Verhandlungen sollen am Dienstag vormittag 1/2 11 Uhr mit einer Kommission des Aktionsausschusses in Anwesenheit der Arbeitgeber und der Regierung stattfinden. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Entlassung der Streikenden und der Ausgesperrten ergeben, sollen sodann auch besprochen werden. Die Regierung will nicht die Hand dazu reichen, daß, wie mancher Unternehmer es vielleicht wünscht, in Verbindung mit dem Streik eine Sanierung der Betriebe vorgenommen werden kann. Von der Wiedereinstellung in die Betriebe können nur die ausgeschlossen werden, die sich im Verlaufe des Streiks Befehlungen zu Schulden kommen ließen. Die bestehenden Vorschriften über Arbeiterentlassung haben noch volle Geltung. Da durch die Schließung der Betriebe auch manche freiwilligen Angestellten und Arbeiter und solche mit längerer Rindigungsfrist betroffen wurden, hat heute eine Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Regierung über diese zu Unrecht Entlassenen verhandelt. Bei Deimler soll den Angestellten die Entlassung auf 31. Dezember ds. J. ausgesprochen worden sein. Es hängt dies aber damit zusammen, daß Deimler geründigt ist, seinen Betrieb um 25% einzuschränken. Diese Einschränkung bedarf aber noch der staatlich-n Genehmigung. Die Lage im Lande hat sich nicht



welter verläßt. In Göttingen ist der Streik all-
gemein. Viele Fabriken wurden von Streikenden gezwungen,
den Betrieb stillzulegen. In Rastatt streiten von
2500 Arbeitern etwa 300. — Von den Stuttgarter Blättern
konnte heute nur das „Deutsche Volksblatt“ erscheinen. Im
Laufe der Nacht wird das bürgerliche Einheitsblatt als
Mitteilungsblatt der Stuttgarter Zeitungen ausgegeben und
verandt werden.

Die Antwort Rußlands zur Verlegung der Verhandlungen.

Moskau, 31. Aug. An den polnischen Minister des Aus-
wärtigen ist ein Antwortschreiben gerichtet worden, in dem heißt:
Ihr Vorschlag, den Verhandlungsort von Warschau nach Riga
zu verlegen, ist heute mit etwas Verspätung hier eingetroffen.
Im Hinblick darauf, daß wir am 27. August an Sie
den Vorschlag gerichtet haben, die Verhandlungen nach Esth-
land zu verlegen und wir sofort bei der estländischen Re-
gierung die hierzu erforderlichen Schritte getan haben, ist zu
bedauern, daß der von Ihrer Seite gemachte abweichende
Vorschlag zu neuen Verzögerungen führt. Gleichzeitig mit
Ihrem Telegramm, das uns nach Riga einlädt, erhalten wir
ein anderes vom Vorsitzenden des Ministerrats, Herrn Witos,
der uns bittet, die technischen Schwierigkeiten der Verhandlung
zwischen Warschau und Riga zu bedenken, da letztere
Stadt von ihm als Ort für die weitesten Verhandlungen ins
Auge gefaßt ist. Diese Verschiedenheit der Ansichten, die deut-

Empfehl den Gesellschafter!

lich das Fehlen einer einheitlichen Einschätzung der polnischen
Regierung beweist, ist ein Grund mehr, bei der Einladung
zu bleiben, die wir vor zwei Tagen erließen.

Zusammentritt des polnischen Reichstags.

Paris, 31. Aug. Wie die Wähler aus Warschau melden,
tritt der polnische Reichstag am 24. September zusammen.

Zur Lösung der litauisch-russischen Frage.

Rowno, 31. August. (Lit. Tel.-Ag.) Der russische Kom-
missar für Auswärtiges, Tschicherin, teilte der litauischen
Regierung durch die Rigaer Vertretung brüderlich die am 28.
August über Riga nach Warschau erhaltene Abreise des russischen
Vertreters für Litauen, Alitro, mit. Dieser ist mit der
Lösung aller Unstimmigkeiten zwischen den Regierungen Lit-
auens und Rußlands beauftragt.

Verseifung des russischen Widerstandes.

Warschau, 31. Aug. Der Warschauer Kurier meldet, daß
bolschewistische Verstärkungen in Wolhynien eingetroffen sind.
Am Beispiel und am Bug hat sich der russische Widerstand
verteilt und der polnische Vormarsch verlangsamt. Marshall
Pilsudski hat erklärt, daß polnische Heereseinheiten genügend vor-
handen seien um eine nochmalige Begrenzung der Duginitse
der Russen zu erzwingen.

Der Ausfall der russischen Offensiv.

Warschau, 31. Aug. „Daily Herald“ meldet aus Moskau:
Die Sowjetregierung hat die Sperre aller Eisenbahnlinien
südlich der Linie Danaburg—Wlawa verhängt. Auf sämtlichen
Linien finden große Truppentransporte nach der Front statt.
Eine neue große Offensiv der Russen südlich des Njemen
steht unmittelbar bevor.

Sieg der Bolschewisten.

Kopenhagen, 31. Aug. „Politiken“ meldet: Die Bol-
schewisten haben bei Niama einen Sieg errungen. Die Polen,
die in der Abwehr vorrückten, eine Armee von 30 000 Mann
der Russen abzuschneiden, wurden von 3 russischen Divisionen
mit großer Energie angegriffen, und die Völklichkeit über-
wachte die Polen so sehr, daß die Russen einen vollständigen
Sieg davontrugen.

Grodno erbittet Hilfe.

Rowno, 31. Aug. (Lit. Tel.-Ag.) Ein gestern eingetrof-
fener, an den litauischen Generalstab gerichteter Antwortschreiben
der Einwohner Grodnos bittet um sofortige Entsendung
von Truppen nach Grodno, damit die Stadt nicht den sich
nähenden Polen in die Hände fällt.

Natürliches Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Trocken und mild.

Ärztliche Bekanntmachungen

Oberamt Nagold. 819

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Ge-
biete des Konrad Deuble, Maurers in Emmingen.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis
192 der Min. Verfassung hierzu vom 11. Juli 1912 (R. V.
S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

- A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Emmingen mit Wartung.
Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch
gestattet, daß Klauenvieh der nichtverseuchten Gebiete zur
Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser
Gebiete als besonders gefährdet bezeichnet sind.
- B. Beobachtungsgebiet: Winderbach, Winderdorf, Wild-
berg.
- C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort
werden einbezogen die Gemeinden: sämtliche Gemeinden des
Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Engstal, Fünfborn,
Stammersfeld.

Des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nach-
baroberämter:

- 1. im Oberamt Calw: sämtliche Gemeinden mit Aus-
nahme von Hornbach, Althausen, Berneck, Densbüchel,
Eckmühl, Griesen, Liebenzell, Rosental, Mühlwangen, Neu-
engstett, Oberkollach, Oberreichenbach, Oelshausen, Ogen-
brunn, Sannogheim, Speckhardt, Unterreichenbach, Unter-
schönbach.
- 2. im Oberamt Herrenberg: sämtliche Gemeinden mit
Ausnahme von Breitenholz, Entingen, Hildringshausen, Hül-
fingen, Poltringen und Unterjessingen.
- 3. im Oberamt Horb: Altdorf, Altheim, Baisingen,
Bilberchhausen, Eutingen, Göttingen, Gündringen, Hochdorf,
Horb, Mühlheim, Rottendorf, Salzhallen, Bollmaringen, Weilingen.
- 4. im Oberamt Freudenstadt: Edelweiler, Grömbach,
Hollgraben, Wörnberg.
- 5. im Oberamt Rottendorf: Edmüller, Egingen,
Höfingen, Kellingsheim, Seeborn, Wolfshausen.
- 6. im Oberamt Böblingen: Dautlingen.

Alle vorstehenden Seuchenfälle gelten bezüglich des Sperr-
bezirks, Beobachtungsgebietes und des 15 Kilometer-Umkreises
die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Rott-
dorf — vgl. die oberamtliche Bekanntmachung vom 1. Juli
1920, Gesellschaft Nr. 151.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist
der Ortspolizeibehörde sofort nach dem Auftreten der ersten
Anzeichen zu melden. Verletzungen der Anzeigepflicht oder den
vorstehend angeordneten Schutzmaß-
regeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 R. St.-
G. B. und der §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes und stehen
dem Verlust des Entschädigungsanspruchs für Rindvieh
nach § 8.

Den 30. August 1920. Oberamt: Nagold.

Oberamt Nagold

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Ge-
biete der Lindenwirt Sünther Witwe in Nagold.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192
der Min. Verfassung hierzu vom 11. Juli 1912 (R. V. S. 317
ff.) ergeben folgende Anordnungen:

- A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Nagold mit Wartung.
Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch
gestattet, daß Klauenvieh der nicht verseuchten Gebiete zur
Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser
Gebiete als besonders gefährdet bezeichnet sind.
- B. Beobachtungsgebiet: Hülshausen, Unterjessingen
und Winderbach.
- C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort
werden einbezogen die Gemeinden: sämtliche Gemeinden mit
Ausnahme von Engstal, Fünfborn und Stammersfeld des
Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbarober-
ämter:

- 1. im Oberamt Horb: sämtliche Gemeinden mit Aus-
nahme von Waghendorf und Wiesenstetten.
- 2. im Oberamt Herrenberg: die gleichen Gemeinden
wie bei Emmingen.
- 3. im Oberamt Rottendorf: Egingen, Edmüller,
Höfingen, Kellingsheim, Kellingsheim, Obernau, Seeborn
und Wolfshausen.
- 4. im Oberamt Calw: Albulach, Berneck, Becken-
brunn, Holzbrunn, Liebenzell, Martinsmühl, Reulbach,
Reuweiler, Oberhangstett, Sonnenhardt, Teinach.
- 5. im Oberamt Freudenstadt: Grömbach, Dautweiler,
Edelweiler, Grömbach, Herzogswiller, Hölshausen, Holz-
graben, Lumligen, Wörnberg.

Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei
dem Seuchenfall in Emmingen. 818

Nagold, den 30. Aug. 1920. Oberamt: Nagold.

Verf. Ausfall einer Buttermarke.

Auf dem Erlaß der Landesoberförsterei Nr. 10109
vom 27. ds. Mts. ist infolge des immer stärkeren Aus-
breites der Maul- und Klauenseuche, im ganzen Lande eine
Buttermarke aus-

Teigermäßig wird die Buttermarke I

vom 13. bis 19. September nicht eingelöst.

Auf Erlaß wird dieses amerikanische Schmalz zum

Kleiverkaufspreis von .A. 15.— des Pfand, ohne Marken,

ausgegeben.

Die (Stadt-) Schulbeisitzer werden ersucht, den

Bedarf bis längstens 4. September bei der Milchver-

teilstelle Nagold anzumelden. 820

Nagold, den 30. Aug. 1920. Oberamt: Nagold.

821 Ebershardt, den 30. Aug. 1920.



Todes-Anzeige.

Wir geben Verwandten, Freunden und Bekann-
ten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater,
Vater, Bruder und Schwager

Andreas Rau,

Baumwart

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 60 Jah-
ren, sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im stille Teilnahme bittet
die trauernde Wittin:
Barbara Rau geb. Ruy
mit ihren Kindern.

Beerdigung: Mittwoch 1 Uhr.

Mittwoch nachm. 4 Uhr
Kartoffelabgabe
p. Pfund 25 Pfg.
Nagold, 30. 8. 20 817
Städt. Nahrungsmittelamt.

Pferdverkauf

am nächsten Mittwoch mor-
gens 8 Uhr auf der Stadt-
pflanz-Anstalt Nagold. Der
Pferd bleibt auf dem Eis-
berg. 823

Nagold. 813

Ucker

zur Herbstsaat womöglich
mit Kartoffeln, sowie einige
Wagen

Dung

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe
durch die Geschäftsstelle d. V.

Villenkartens fertigt G. W. Zaiser

Walldorf.

Verkaufe eine jüngere oder eine ältere

Nuß- u. Schaffkuh

Joh. Georg Walz, Bäcker.



Stark's

tägl. Handbuch
mit Bildern

ist wieder eingetroffen und
empfehl

G. W. Zaiser

Buchhandlung, Nagold.

Langloch 810
bei Altensteig.

Wegen Betriebsveränderung
verlaufe meinen 7 Jahre alten

Schimmel-

Wallach

unter jeder Garantie
R. Kern,
mech. Holzbeerb.

Oberleitung
der württ. Polizeiwehr Stuttgart, den 23. Aug. 1920.
Nr. II a Nr. 3676

Einstellungsbedingungen für die württembergische Polizeiwehr.

Die Württ. Polizeiwehr wird mit sofortiger Wirkung um
mehrere 100 Beamte verstärkt. Die Angehörigen der Württ.
Polizeiwehr sind Württ. Staatsbeamte bzw. Beamtenanwärter
mit allen Rechten eines solchen. Somit bietet sich jungen
Leuten beim Eintritt in die P. W. eine sehr auskömmliche
und sichere Laufbahn. Die Aussichten für Aufsteigen in die
Offizierslaufbahn sind — Fähigkeiten vorausgesetzt — nach
Aneignung der nötigen Vorkenntnisse — günstige. Angesichts
der jetzigen Zustände in Handel und Industrie kann der Be-
zug auch für die Angehörigen der Jugendmannschaften
Sünden nur empfohlen werden.

Bedingungen.

Alter: Zwischen 19 und 25 Jahren. Unverheiratet.
Ausnahmen (auch im Alter) nur bei ehemaligen Kapitulanten
zulässig; sie sind besonders zu befragen. Guter Leumund
und einwandfreie Führung Vorbedingung.

Größe: Mindestens 165 m. Kräftiger Körperbau und
vollkommene Felddienlichigkeit werden verlangt.

Anstellung: Die ersten 7 Jahre auf Dienstvertrags. Von
diesen 7 Jahren wird jedoch die im früheren Heer, Marine,
Schutztruppe und Gendarmenrie zurückgelegte Dienstzeit in Ab-
rechnung gebracht. Anschließend Anstellung als Staatsbeamter
auf 1-jährige Kündigung auf die Dauer von 7 Jahren. An-
wärter, die beim früheren Heer usw. schon mehr als 7 Jahre
gedient haben, werden nach Ablauf des Probehalbjahres (siehe
unten) sofort in die Rechte des Beamten auf 1-jährige Kün-
digung eingeweiht. Danach wird der P. W.-Beamte auf
Lebenszeit angestellter Staatsbeamter. Bei auf lebenslän-
gliche Anstellung verzichtet, kann sich den Zivildienstverpflichtungen
entziehen.

Verpflichtung: Bei Anstellung auf Privatdienstvertrag
zunächst auf die Dauer von 2 Jahren, davon das 1. halbe
Jahr auf Probezeit mit 10-tägiger Kündigung.

Annahme: Erfolgt bis auf weiteres bei allen Dienststellen
der P. W. in Stuttgart, Heilbrunn, Heilbrunn, Böb-
lingen, Ulm, Sigmaringen, Friedrichshafen.

Der Bewerber hat, wenn er leiter der Verbestelle als
geeignet befunden wird, sich entweder persönlich bei der ein-
stehenden Behörde der Polizeiwehr vorzustellen oder er wird
von der Verbestelle schriftlich eingeladen unter Einbindung
nachfolgender, vom Bewerber aufzustellender bzw. vorzu-
legenden Papiere:

- a) Selbstgeschriebener, ausführlicher Lebenslauf,
- b) Schul-, Dienst und Leumundzeugnisse,
- c) Fragebogen nach anliegendem Muster mit beigefügter
Erklärung.

Auf Grund dieser Papiere entscheidet die einstellende P.
W.-Behörde über die Annahme des Bewerbers. Bejahenden-
falls wird ihm die Verpflichtungskarte ausgehändigt und der
Zeitpunkt des Dienstbeginns mitgeteilt. Die Heimatbehörde
und Ortsbehörde des derzeitigen Aufenthalts des Bewer-
bers werden von keiner Ausnahme in die Polizeiwehr bzw.
in die Anwärterliste verhandelt.

Die Beamten und Beamtenanwärter der P. W. sind
in der Württ. Befehlshaberordnung wie folgt einzustufen:

	Grundgehalt
1. P. W.-Beauftragter in die Gruppe I	4000—6000 .A.
2. „ „ „ „ „ II	4300—6400 .A.
3. „ „ „ „ „ III	4600—6900 .A.
4. „ „ „ „ „ IV	5000—7500 .A.
5. „ „ „ „ „ V u. VI	5400—8700 .A.
6. „ „ „ „ „ VII	6200—9300 .A.
7. „ „ „ „ „ VIII u. IX	6800—11400 .A.

Dazu Ortszuschlag, Rinderzuschlag und v. v. vorläufig auf
50% des Grundgehalts, des Ortszuschlags und der Rinder-
zuschläge betragende Feuerungszuschlag.

Der P. W.-Direktor
G. W. Zaiser.

Bücher schwäb. Dichter

liegen in großer Auswahl zur Ansicht auf in der
Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold.